

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #1/2018

27. Januar 2018

Die Fragen stellte Felix Luderer, Student der Medienwissenschaften in Weimar.

Felix Luderer:

Frau Bundeskanzlerin, bereits seit 1996 wird am 27. Januar der Befreiung des Auschwitz-Birkenau-Konzentrationslagers gedacht. Bei der diesjährigen Gedenkfeier im Bundestag wird die Auschwitz-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch reden. Warum ist es wichtig, nach mehr als 70 Jahren noch an diesen Tag zu erinnern, und was machen wir eigentlich mal ohne die Zeitzeugen?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ja, ich glaube, es war eine herausragende Idee des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, diesen Tag als Gedenktag zu proklamieren. Und seitdem reden immer Zeitzeugen im Deutschen Bundestag. Das ist natürlich für uns immer ein sehr bewegender Moment, wenn wir Menschen erleben, die uns aus eigener Erfahrung sagen, was für Schrecknisse durch den Holocaust verursacht wurden. Aber Sie haben Recht: Die Zahl derer, die Überlebende sind, nimmt ab. Und deshalb bedeutet das natürlich auch, dass wir unser Konzept der Gedenkstätten stärken und auch in gewisser Weise verändern müssen; und uns auf diese Zeit vorbereiten müssen. Deshalb ist es ganz wichtig, die Stimme derer auch zu erhalten und in pädagogisch sinnvollen Konzepten in die Gedenkstättenkultur mit einzubringen. Die Bundesregierung hat sehr viel getan, um hier auch wirklich an die Schrecknisse des Nationalsozialismus, des Holocausts, der Shoa zu erinnern. Und es wird eben auch wichtig sein, dass diejenigen, die noch Zeitzeugen gehört haben und erlebt haben, wiederum das, was sie empfunden haben, was sie erfahren haben, weitergeben, um diese Zeit nicht zu vergessen. Wir können eine gute Zukunft nur gestalten, wenn wir sie mit der Vergangenheit gestalten und nicht Debatten führen, dass wir das nicht mehr brauchen. Deshalb ist mir das sehr wichtig, dass es diesen Tag gibt und dass er auch über die Zeit – die heutige Zeit – hinaus bestehen wird.

Von Ihnen stammt die Aussage: „Auschwitz geht uns alle an – heute und morgen, nicht nur an Gedenktagen.“ Doch inwiefern bestimmt Auschwitz eigentlich noch unser tägliches Miteinander?

Ich bin der Überzeugung, dass das so ist. Und leider bestimmt diese Aussage auch unser tägliches Miteinander, weil Antisemitismus und auch Fremdenfeindlichkeit und Hass des Anderen im Augenblick sogar wieder mehr auf der Tagesordnung sind, als das einmal der Fall war, aber Antisemitismus eigentlich immer da war. Es ist kaum zu verstehen und eine Schande, dass keine jüdische Einrichtung ohne polizeiliche Bewachung existieren kann – sei es eine Schule, sei es ein Kindergarten oder eine andere Einrichtung wie eine Synagoge. Und deshalb müssen wir uns mit aller Kraft dem Antisemitismus, aber auch dem Fremdenhass und dem Hass auf das Fremde insgesamt, entgegenstellen. Und das ist eine tägliche Aufgabe.

Sie verbanden die Abstimmung zur Ehe für alle mit der Hoffnung auf gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt. Gehört dazu nicht zum Beispiel auch, an homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, wie es zum Beispiel eine Petition an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble fordert? Und warum ist das bisher noch nicht geschehen?

Wir haben bis jetzt nicht nur jüdische Persönlichkeiten zu Wort kommen lassen an dem Gedenktag, den wir am Mittwoch begehen, sondern wir hatten auch bereits Vertreter der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, genauso auch wie der Sinti und Roma, die ja auch schreckliche Verfolgung erleben mussten. Und insofern ist diese Petition sicherlich etwas, was der Bundestag sehr ernst nehmen wird. Ich kann dem Bundestag nicht vorgreifen, aber ich glaube, dass der Bundestagspräsident sich das genau anschauen wird. Wir haben bereits in Berlin eine Gedenkstätte an die Tausende Opfer von Homosexuellen, die während der Zeit des Nationalsozialismus in Konzentrationslagern eingeliefert wurden. Hier hat der Bund auch diese Gedenkstätte finanziert. Es gibt also ein Gedenken auch an diese Gruppe von Betroffenen, und deshalb werden wir uns die Petition – jetzt spreche ich mal als Mitglied des Deutschen Bundestages – sicherlich sehr genau anschauen.

Bei der letzten Bundestagswahl offenbarte sich ja ein Rechtsruck in der Gesellschaft. Sie sprachen es bereits an: Antisemitismus scheint wieder salonfähig zu sein. Der Islam als Religion wird diffamiert. Gegen Minderheiten wird gehetzt. Wie wollen Sie sich in Zukunft für mehr Toleranz in der Gesellschaft einsetzen?

Wir haben eine Vielzahl von Programmen in der Bundesregierung, die sich gerade mit diesen Fragen auseinandersetzen. Und dazu gehört auch eine gute Geschichtsbildung in allen Schulen, damit gerade junge Menschen, Schülerinnen und Schüler aus arabischen Ländern oder aus Ländern, wo der muslimische Glaube im Mittelpunkt steht, den Antisemitismus nicht ausüben. Antisemitismus gehört nicht in unsere Gesellschaft, das hat mit Integration nichts zu tun. Sondern zu uns gehört, dass wir offen und tolerant sind auf der Basis unserer Grundwerte. Und wir nehmen uns des Themas Antisemitismus sehr ernsthaft an. Deshalb hat es bereits vor wenigen Tagen eine Debatte im Deutschen Bundestag zu diesem Thema gegeben, und die neue Bundesregierung wird auch einen Antisemitismusbeauftragten haben. Wenn es nach mir geht, würde ich gerne sagen: einen Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und gegen Antisemitismus, damit wir auch sagen, was wir wollen: Wir sind sehr froh, dass es wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt. Und dass das möglich ist, dafür möchte ich mit ganzer Kraft eintreten.